

Fraktion **direkt**

11 | 14. März 2014

Zur Lage

Die Welt erlebt einen Rechtsbruch auf der Krim Russland schadet sich selbst massiv



Foto: Laurence Chaperon

Volker Kauder
Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Zeiten des Kalten Krieges schienen in Europa der Vergangenheit anzugehören. Mit seinen Aktionen auf der Krim knüpft Russland nun aber wieder daran an.

Man kann es nicht anders sagen: Wir erleben in diesen Tagen einen eklatanten Bruch des internationalen Rechts. Ein großes Land schickt auf das Territorium eines anderen souveränen Staates mehr oder weniger getarnte Soldaten, die dort die Kontrolle über das öffentliche Leben übernehmen. Ein Regionalparlament verkündet die Abspaltung des Territoriums von diesem Staat, ohne dass es dafür eine völkerrechtliche Legitimation gäbe. In einem Referendum soll diese Entscheidung von den Bürgern bestätigt werden, ohne dass irgendeine Instanz überprüfen kann, ob diese Abstimmung demokratischen Standards entspricht.

Russland hat abenteuerliche Begründungen für seine Handlungen geliefert. Es war vom Schutz der russischstämmigen Bevölkerung auf der Krim die Rede, ohne dass deren Gefährdung hätte belegt werden können. Moskau versucht damit die Argumentation der NATO zu kopieren, mit der das transatlantische Bündnis einst sein Eingreifen auf dem Balkan gerechtfertigt hatte. Nur hinkt der Vergleich, denn die Kosovo-Albaner waren damals tatsächlich Opfer des Vernichtungswahns nationalistischer Serben geworden. Es

bleibt mir ein Rätsel, wie ein deutscher Ex-Kanzler vor diesem Hintergrund das Verhalten Russlands auch nur im Ansatz verteidigen kann.

Die Bundesregierung und die Europäer haben mit Besonnenheit auf die Provokation reagiert. Sie sind mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin im Gespräch geblieben. Sie haben ihm die Tür nicht zugeschlagen. Eine Verhandlungslösung ist immer noch möglich. Dabei hat Europa mit einer Stimme gesprochen, obwohl auf dem Kontinent bisweilen unterschiedliche Auffassungen über die richtige Vorgehensweise herrschen. Das war ein wichtiger Erfolg der Diplomatie von Kanzlerin Angela Merkel und ihrer Regierung.

Investoren werden sich zurückhalten

Wir müssen uns eingestehen, dass unsere Optionen begrenzt sind. Was wir tun können ist, die Ukraine zu unterstützen. Die EU-Hilfen für das Nachbarland Polens sind richtig. Aber wir müssen uns auch der Tatsache bewusst sein, dass die Übergangsregierung in Kiew noch nicht demokratisch legitimiert ist. Die Hilfe darf nicht in die falschen Kanäle laufen. Europa muss sich engagieren, damit der Übergangsprozess in der Ukraine gelingt.

Ich bin nicht davon überzeugt, dass Sanktionen Russland schnell zum Einlenken bewegen werden. Darum ist es richtig, behutsam mit diesem Mittel umzugehen. Russlands Politik muss mit Nachdruck, aber auch mit Weisheit begegnet werden. Wir brauchen Geduld und gute Nerven.

Den größten Schaden wird wahrscheinlich Moskau am Ende selbst tragen. Russland hat sich als ein Land erwiesen, welches das Recht nicht achten will. Das wird viele Investoren davon abhalten, sich dort zu engagieren. Auf diese ist Russland aber am Ende vielleicht mehr angewiesen als wir auf das russische Gas.

Volker Kauder

Inhalt

| | |
|--|----|
| Die Welt erlebt einen Rechtsbruch auf der Krim | 1 |
| Kirchen bilden das gesellschaftliche Fundament | 2 |
| „Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition“ | 3 |
| Der Parlamentsvorbehalt in Zeiten gegenseitiger Abhängigkeiten | 4 |
| Digitales Wachstumsland Nummer Eins | 5 |
| „Kontinent der Chancen“ | 6 |
| Kinder besser vor sexueller Ausbeutung schützen | 7 |
| „Das Eintreten für christliche Werte lohnt sich“ | 8 |
| Wir dürfen Ägypten nicht anderen überlassen | 9 |
| „Führung durch Kameradschaft“ | 10 |
| Letzte Seite | 11 |

Impressum

Herausgeber
Michael Grosse-Brömer MdB
Max Straubinger MdB
CDU/CSU-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin

V.i.S.d.P.: Ulrich Scharlack
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)

T 030. 227-5 30 15
F 030. 227-5 66 60
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

Kommentar

Kirchen bilden das gesellschaftliche Fundament

Weltweit für Religionsfreiheit einsetzen



Foto: Dominik Butzmann

Michael Grosse-Brömer

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Die Deutsche Bischofskonferenz hat in dieser Woche Reinhard Kardinal Marx zu ihrem neuen Vorsitzenden gewählt. Mit Kardinal Marx wurde ein profilierter Vertreter der Sozialethik gewählt, der auch als Mitglied des Kardinalsrats – einem Beratergremium des Papstes – daran mitarbeitet, dass die Kirche ihrer Verantwortung für die sozial Schwächeren nachkommt. Es ist das besondere Verdienst von Papst Franziskus, mit klaren Worten zur Barmherzigkeit unseren Blick auf das Wesentliche zu lenken: die Kernanliegen der christlichen Botschaft und die Verantwortung gerade für die, die am Rande der Gemeinschaft stehen.

Der Zusammenhalt einer Gesellschaft kann nicht nur auf den gemeinsamen Interessen der Sicherheit oder des Wohlstands beruhen. Die christlichen Kirchen in Deutschland – die rund 50 Millionen Mitglieder haben und denen damit fast zwei Drittel der Bevölkerung angehören – und ihre Wohlfahrtsverbände sind in vielen Bereichen unserer Gesellschaft unverzichtbar, vor allem im Gesundheits- und Sozialbereich sowie bei der Betreuung, Pflege und Beratung von Menschen. Diese Aufgaben nehmen sie beispielsweise in den vielen Einrichtungen der Caritas und der Diakonie wahr. Von ihrer Arbeit profitieren

alle Mitglieder der Gesellschaft, keinesfalls nur jene, die selbst der Kirche angehören.

Zahlreiche Leistungen kirchlicher Einrichtungen sind nur möglich, weil die Kirchen im erheblichen Umfang eigene Mittel beisteuern und Kirchenmitglieder sich ehrenamtlich engagieren. Damit tragen die Menschen, die sich in den Kirchen und ihren sozialen Einrichtungen engagieren, maßgeblich zum Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Auf ihr Engagement ist unser Gemeinwesen angewiesen. Der weltanschaulich-neutrale Staat kann nicht die Motivation für das ehrenamtliche Engagement liefern, wie es der christliche Glaube für so viele tut. Er kann solche Werte auch nicht aus sich heraus schaffen oder deren Einhaltung einfordern. Er kann nur ein Mindestmaß an Normen setzen. Die Union kann und wird daher in dieser Legislaturperiode die Möglichkeiten zum ehrenamtlichen Engagement weiter fördern und die Voraussetzungen für ein solches Engagement verbessern. Als Grundlage kann dafür das Ehrenamtsgesetz dienen, das wir in der letzten Legislatur vorgelegt haben und das auf großen Zuspruch gestoßen ist.

Gerade weil die Kirchen in ihren sozialen Einrichtungen viel Gutes für die Gesellschaft leisten, werden wir auch in dieser Wahlperiode an dem engen und bewährten Dialog mit den Kirchen festhalten.

Außerdem wird die Unionsfraktion unvermindert ihren Einsatz für die verfolgten Christen und andere religiöse Minderheiten weltweit mit großem Engagement fortsetzen. Das ist uns ein Herzensanliegen. Wir freuen uns, auch in dieser Hinsicht in engem Schulterschluss mit der Deutschen Bischofskonferenz und ihrem neuen Vorsitzenden zusammenzuarbeiten. Für sein neues Amt wünschen wir Kardinal Marx viel Erfolg, viel Kraft und Gottes reichen Segen.

„Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition“

Kanzlerin gibt Regierungserklärung zur Krim-Krise – Militärische Reaktion ausgeschlossen



Foto: Tobias Koch

Bundeskanzlerin Merkel bei der Regierungserklärung

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat Russland mit unmissverständlichen Worten davor gewarnt, sich die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim einzuverleiben. „Die territoriale Integrität der Ukraine steht nicht zur Disposition“, sagte Merkel in einer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag. Sollte Russland nicht auf den Weg der Zusammenarbeit und des Völkerrechts zurückkehren, sei die EU bereit und entschlossen zu wirtschaftlichen Strafmaßnahmen. Die Kanzlerin stellte aber auch klar: „Militärisches Vorgehen ist keine Option.“

Auf diplomatische Lösung setzen

„Es ist beklemmend, was wir derzeit mitten in Europa erleben“, sagte Merkel. Falls es nach dem für Sonntag angesetzten Referendum auf der Krim zu einem Bruch des Völkerrechtes kommen sollte, dürfe man nicht zur Tagesordnung übergehen. Zur Lösung der Krise setzt die Bundesregierung der Kanzlerin zufolge aber auf den diplomatisch-politischen Weg. So solle eine Beobachterkommission gebildet werden, die sich ein Bild von der Lage auf der Krim machen könne, sowie

eine Kontaktgruppe, die den Gesprächskanal offenhalte. Dafür werde man „einen langen Atem“ brauchen.

„Wir brauchen einen langen Atem“

Teil der europäischen Reaktion sind laut Merkel auch finanzielle und politische Hilfen für das Nachbarland Ukraine. Die EU hatte bereits Unterstützung für Kiew in Höhe von elf Milliarden Euro zugesagt. Auch der politische Teil des von Expräsident Viktor Janukowitsch nicht unterzeichneten Assoziierungsabkommens mit der EU soll bald unterschrieben werden. Zölle sollen gesenkt, die Visavergabe erleichtert und der Handel gefördert werden. Merkel stellte klar, dass das europäische Angebot einer Reformpartnerschaft mit Kiew sich gegen niemanden richte, auch nicht gegen Russland. Es gebe kein „Entweder-Oder“ zwischen der Annäherung der Ukraine an die EU und ihrem Bemühen um eine Partnerschaft mit Moskau.

Russland schadet sich selbst

Die Kanzlerin warnte die russische Regierung, im Konflikt um die Krim auf Zeit zu spielen. Die EU habe bereits ein dreistufiges Verfahren auf den Weg gebracht. Wenn es in den allernächsten Tagen nicht zu Verhandlungen komme, könnten Einreise- und Kontensperrungen verhängt werden. Die letzte Stufe würde die wirtschaftliche Zusammenarbeit betreffen. Damit schade sich Russland massiv, warnte Merkel.

Druckmittel wenn nötig einsetzen

Auch die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt sagte, es könne „notwendig sein, dass Druckmittel eingesetzt werden“. Denn man könne nicht akzeptieren, dass die Errungenschaften der Nachkriegsordnung wie UN-Charta, OSZE-Charta oder Europarat ignoriert würden. „Dass dies alles mit Füßen getreten wird, können wir nicht akzeptieren“, erklärte Hasselfeldt.

Merkel betonte, Interessenkonflikte in Europa könne man im 21. Jahrhundert nicht mehr mit den Mustern des 19. Jahrhunderts lösen, als das Recht des Stärkeren noch über der Stärke des Rechts stand. In der Zeit der Globalisierung zählten Kooperation und Verständigung mehr als einseitige geopolitische Interessen. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Andreas Schockenhoff, sagte, mit einer destruktiven Politik des Nullsummenspiels schade sich Moskau am meisten. Es schwäche sich wirtschaftlich und isoliere sich politisch. Er äußerte die Hoffnung, dass Russland wieder zur Vernunft komme.

Auch Hasselfeldt betonte: „Ein dauerhafter Frieden ist nur mit Russland und nicht gegen Russland möglich.“ Das Gebot der Stunde seien daher Verhandlungen.

Der Parlamentsvorbehalt in Zeiten gegenseitiger Abhängigkeiten

Expertengremium soll sich mit der Mandatierung von Auslandseinsätzen beschäftigen

Angesichts immer schmalere Verteidigungsbudgets werden die Mitgliedstaaten von EU und NATO ihre militärischen Kapazitäten künftig stärker zusammenlegen und aufeinander abstimmen müssen. Mit zunehmender Integration und Aufgabenteilung – im Fachjargon: Pooling und Sharing – werden die nationalen Streitkräfte auch immer abhängiger voneinander. Was das bedeutet für das Recht des Bundestages, über jeden Auslandseinsatz der Bundeswehr entscheiden zu können, soll eine Expertenkommission klären. Der Bundestag beriet am Freitag über den Antrag der großen Koalition, eine solche Kommission einzusetzen.

Der Kommission „zur Überprüfung und Sicherung der Parlamentsrechte bei der Mandatierung von Auslandseinsätzen der Bundeswehr“ sollen nach dem Willen der großen Koalition 16 Mitglieder angehören. Davon sollen sieben von der CDU/CSU benannt werden, fünf von der SPD und je zwei von Grünen und Linken. Den Vorsitz soll der ehemalige Bundesverteidigungsminister Volker Rühle (CDU) übernehmen, die Stellvertretung der ehemalige Parlamentarische Staatssekretär im Verteidigungsministerium, Walter Kolbow (SPD).

Bereits heute sind die EU- und NATO-Partner in militärischen Teilbereichen vernetzt. So stellt die Bundeswehr ein Drittel der Besatzungsmitglieder in den AWACS-Aufklärungsflugzeugen der NATO. Auch an den Krisenreaktionskräften der EU, den sogenannten Battle-Groups, oder dem multinationalen Eurocorps sind deutsche Soldaten beteiligt. Zusätzliche Abhängigkeiten werden entstehen. Unterschiedliche Gruppierungen von Mitgliedstaaten werden sich zu wechselseitiger Unterstützung zusammenfinden. Denkbar sind integrierte Hauptquartiere und Stäbe, aber auch Ad-hoc-Hauptquar-

tiere, wie sie etwa im Zusammenhang mit dem Einsatz in der Zentralafrikanischen Republik bereits existieren.

Verlässlich für die Partner

Der stellvertretende CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Andreas Schockenhoff wies in der Debatte darauf hin, dass dieses Konzept umfassender Aufgabenteilung nur funktionieren wird, wenn die Partner sich darauf verlassen können, dass Deutschland mit seinem breiten militärischen Fähigkeitsspektrum grundsätzlich zu einem Einsatz seiner Streitkräfte bereit ist, wenn EU oder NATO einen solchen beschließen. Sonst wären „Pooling und Sharing“ nur leere Worthüllen.

Die Expertenkommission soll nun klären, wie sich dies auf das Recht des Bundestages zur Mandatierung von Auslandseinsätzen auswirkt. Zwar war dieser Parlamentsvorbehalt noch nie ein Grund für Deutschland, sich einem Einsatz zu entziehen. Doch gleichzeitig kam er als möglicher Rechtfertigungsgrund für die Ablehnung politisch nicht gewollter Einsätze in Betracht. Daher muss die Kommission Wege aufzeigen, wie einer-

seits das Parlamentsrecht bei fortschreitender Bündnisintegration gewahrt werden, wie andererseits aber das Vertrauen in die Zuverlässigkeit im Bündnis sichergestellt werden kann.

Spannungsverhältnis auflösen

Dafür soll sie ein Spektrum von Instrumenten entwickeln, mit denen das Spannungsverhältnis aufgelöst werden kann. Als denkbare Möglichkeiten werden unter Fachleuten bereits Vorabzustimmungen in Verbindung mit dem bereits existierenden Rückholrecht, befristete Einspruchsmöglichkeiten, Berichtspflichten oder die Einrichtung von spezifischen Gremien diskutiert. Auch über eine Weiterentwicklung der abgestuften Parlamentsbeteiligung – je nach Tragweite des Einsatzes – wird nachgedacht. Dafür ist mit dem „vereinfachten Zustimmungsverfahren“ im Parlamentsbeteiligungsgesetz bereits ein Beispiel gegeben.

Ein Jahr lang soll die Kommission beraten und dann entsprechende Empfehlungen vorlegen. Ihre Arbeit ist ergebnisoffen.



Foto: picture alliance / dpa

Digitales Wachstumsland Nummer eins

Bundestag debattiert über die Potenziale der digitalen Wirtschaft

Die digitale Wirtschaft ist für Deutschland Wachstumsmotor und Innovationsstreiber. Dies hat die weltweit wichtigste Messe für die IT-Branche, die CeBIT in Hannover, in dieser Woche wieder unter Beweis gestellt. Der Bundestag hat am Donnerstag einen Antrag der Koalitionsfraktionen debattiert, der die Bundesregierung auffordert, eine Digitale Agenda zu erarbeiten, um die Potentiale der digitalen Wirtschaft besser auszuschöpfen.

Kapitalbedingungen für Gründer verbessern

„Mit dem vorgelegten Antrag stärken wir den Unternehmen in der Digitalisierung den Rücken“, sagte die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Nadine Schön. Die „neue Gründerzeit“ in Deutschland könne auf verfügbarem Gründungskapital aufbauen, brauche aber noch bessere Möglichkeiten für die Wachstumsphase, insbesondere für eine Internationalisierung des Geschäfts. Schön sprach sich deshalb für ein Venture-Capital-Gesetz aus, um die Kapitalbedingungen in Deutschland weiter zu verbessern.

Deutschland liegt im weltweiten Vergleich auf Platz vier, wenn man die Umsätze im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnologie betrachtet, erläuterte die CDU-Politikerin. Die Entwicklungen verlaufen rasant und Deutschland dürfe den Anschluss nicht verlieren, mahnte Schön. Die Koalition hat es sich zum Ziel ge-



Die AG Digitale Agenda bei ihrem Rundgang über die CeBIT

setzt, Deutschland zum digitalen Wachstumsland Nummer eins zu machen. Einer der wichtigsten Punkte ist dabei der Breitbandausbau.

Der Antrag setzt außerdem auf eine stärkere internationale Zusammenarbeit bei der Fortentwicklung technischer Standards und Normierungen für das Internet. Die Bundesregierung soll sich zukünftig stärker in den zuständigen Gremien und Organisationen engagieren und sich um die Ausrichtung eines Internet Governance Forums in Deutschland bewerben.

Die AG Digitale Agenda auf der CeBIT

Die neue Arbeitsgruppe „Digitale Agenda“ der CDU/CSU-Fraktion hat sich am Montag auf der Messe „CeBIT“ selbst ein Bild gemacht. Die Ausstel-

lung „CODE_n“ auf der CeBIT zeigte, dass es in Deutschland und Europa hohes Innovationspotenzial gibt und dass sich die Digitalisierung als Querschnittsthema stark auf andere wichtige Wirtschaftsbereiche auswirkt. Im Bereich der Elektromobilität haben sich die Abgeordneten beispielhaft über Kooperationen von Startups und großen Unternehmen informiert. „Der Austausch von Know How und Kooperationen zwischen großen und kleinen Unternehmen ist für neue Innovationen wichtig“, sagte der Sprecher für die Digitale Agenda, Thomas Jarzombek.

IT-Sicherheit hat hohes Gewicht

Schon jetzt genießen deutsche Unternehmen einen guten Ruf im Bereich IT-Sicherheit. Dieser Bereich war daher ein Schwerpunkt des Messerundgangs. Aus Sicht der Abgeordneten und, wie sich zeigte, auch aus Sicht der Unternehmen haben die Geheimdienstenthüllungen der vergangenen Monate den Themen Sicherheit und Vertraulichkeit ein ganz neues Gewicht gegeben. Spätestens jetzt ist es an der Zeit, genau hinzusehen, woher unsere IT-Produkte stammen und wie wir mit eigener Technologie Vertrauen zurückgewinnen können. Die sichere Kommunikation durch Verschlüsselung für Bürger und die Wirtschaft kann die IT-Sicherheit insgesamt verbessern.



Foto:Tobias Koch

Foto:Tobias Koch

„Kontinent der Chancen“

Fraktionsoffene Sitzung der Union zur Afrika-Strategie

Afrika ist seit vielen Jahren Schwerpunktregion der deutschen und europäischen Entwicklungszusammenarbeit. Nicht nur erwarten die Menschen in Afrika von Deutschland Impulse für eine nachhaltige Entwicklung, auch hierzulande betrachtet man die afrikanischen Länder als zunehmend wichtige Partner – zum Beispiel in der Rohstoff- oder der Klimapolitik. Auf einer fraktionsoffenen Sitzung am Mittwoch berieten Minister und Abgeordnete der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit Experten, wie die Weiterentwicklung der Afrika-Strategie aussehen könnte.

Zu dem Gespräch mit dem Titel „Afrika – Chancen und Risiken für eine werte- und interessengeleitete Außenpolitik“ hatten die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Andreas Schockenhoff und Sabine Weiss eingeladen. Schockenhoff sagte: „Afrika ist mehr als nur Bundeswehr-Mandate, mehr als das Zielgebiet von Entwick-



Foto: Steven Rösler

Bruno Wenn, Sabine Weiss, Andreas Schockenhoff und Annette Weber bei der fraktionsoffenen Sitzung

Stiftung Wissenschaft und Politik, Annette Weber, nannte als positiven Faktor eine wachsende Mittelschicht in den urbanen Zentren Afrikas, die gut ausgebildet sei und ein Interesse

wicklungsgesellschaft (DEG), Bruno Wenn, verwies auf das enorme Wirtschaftswachstum in Afrika von durchschnittlich sechs Prozent pro Jahr. Er sieht auf dem Kontinent einen riesigen Konsummarkt entstehen mit wachsendem Absatzpotenzial auch für die deutsche Wirtschaft. „Es lohnt sich, in Afrika zu investieren“, sagte er. Deutsche Produkte und Dienstleistungen seien gefragt und genossen einen guten Ruf dort. Das Feld dürfe nicht Schwellenländern wie China überlassen werden, warnte Wenn.

„Afrika ist ein Kontinent der Ideen“

lungszusammenarbeit.“ Der Bundesminister für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Gerd Müller, und Sabine Weiss bezeichneten Afrika als „Chancen-Kontinent“.

Fraktion und Regierung bereiten sich auf den vierten EU-Afrika-Gipfel vor, der Anfang April unter dem Motto „Investieren in Menschen, in Wohlstand und in Frieden“ in Brüssel stattfindet. Eine Weiterentwicklung der deutschen Position ist nicht zuletzt deshalb nötig, weil das Afrika-Konzept der Bundesregierung noch aus dem Jahre 2011 stammt. Die Koalition aus CDU/CSU und SPD formuliert in einem Antrag für die Plenumsitzung in der kommenden Woche im Bundestag, dass man den Nachbarkontinent nicht nur als Krisenherd begreifen, sondern auch seine Chancen sehen soll.

Die Leiterin der Forschungsgruppe Afrika und Naher/Mittlerer Osten der

daran habe, die eigenen Länder voranzubringen. Außerdem sei Afrika ein Kontinent der Ideen, auf dem technische Innovationen entwickelt würden – beispielsweise das Banking per Mobiltelefon.

Weber warb dafür, nicht nur die bisherigen Eliten als Ansprechpartner zu betrachten, sondern auch die neuen demokratischen Reformkräfte, die sich vielerorts in die Politik einmischten. Die entwicklungspolitische Sprecherin der Fraktion, Sibylle Pfeiffer, sagte, auch mit bestehenden autokratischen Regimen könne man gelegentlich zusammenarbeiten, wenn sie denn die Entwicklungsgelder ordentlich verwalteten und die Vergabebedingungen einhielten.

Enormes Wirtschaftswachstum

Der Sprecher der Geschäftsführung der Deutschen Investitions- und Ent-

„Vernetzte Sicherheit“ mit Leben füllen

Auf die Herausforderungen für die Sicherheitspolitik in Afrika ging Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen ein. Sie verwies darauf, dass Deutschland allein an acht internationalen Einsätzen in Afrika beteiligt sei, davon sei aber nur die Mission gegen die Piraterie vor der Küste Somalias ein Kampfeinsatz. Nach wie vor gelte der Grundsatz: Keine deutschen Kampftruppen nach Afrika, betonten sowohl von der Leyen als auch Müller. Die Verteidigungsministerin warb dafür, das Wort von der „vernetzten Sicherheit“ mit Leben zu füllen. Man müsse Afrika in die Lage versetzen, seine eigene Sicherheitsarchitektur aufzubauen.

Kinder besser vor sexueller Ausbeutung schützen

Unionsfraktion diskutiert Gesetzesverschärfungen



Foto: Steven Rösler

Strobl, Hörnle und Hilgers beim Fachgespräch

Mit Nacktfotos von Kindern sollen in Deutschland keine Geschäfte gemacht werden können. Dies war das einhellige Fazit des Fachgesprächs „Kampf gegen Kinderpornographie – Gesetze auf dem Prüfstand“, zu dem am Mittwoch die beiden stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Thomas Strobl und Nadine Schön einluden. Strafrechtler, Experten vom Bundeskriminalamt und vom Kinderschutzbund diskutierten mit den Abgeordneten Schutzlücken in den bestehenden Gesetzen und mögliche Lösungsansätze.

Schutz der Intimsphäre garantieren

Prof. Dr. Tatjana Hörnle, die an der Humboldt-Universität Berlin Strafrecht lehrt, erläuterte, dass der Paragraph 184b des Strafgesetzbuches die Verbreitung, den Erwerb und den Besitz kinderpornographischer Schriften regelt, bloße Nacktbilder – ohne Bezug zu Genitalien – aber nicht umfasse.

Hörnle plädierte dafür, das Recht auf die eigene Intimsphäre besser zu schützen. Dafür solle Paragraph 201a des Strafgesetzbuches verschärft werden, der die Verletzung des höchstpersönlichen Lebensbereichs durch Bildaufnahmen regelt. „Dabei darf es nicht nur ein Einzelfallgesetz geben,

sondern eine allgemeine Regelung, die das Fotografieren des Intimbereichs ohne Einwilligung verbietet“, sagte die Strafrechtsprofessorin. Sie empfahl, den besseren Schutz der Intimsphäre und des allgemeinen Persönlichkeitsrechts nicht nur auf Kinder zu beschränken, sondern Jugendliche und Erwachsene einzubeziehen.

Gewerbsmäßige Verbreitung von Nacktbildern verbieten

Einen Einblick in die polizeiliche Arbeit bei sexuellem Kindesmissbrauch und Kinderpornografie gab Dr. Sabine Vogt, Leiterin der Abteilung Schwere und Organisierte Kriminalität beim Bundeskriminalamt. Sie sagte, dass sich Polizeibeamte täglich mit der Unterscheidung zwischen strafrechtlich relevantem und irrelevantem Material – dazu gehören Nacktbilder von Kindern ohne Fokus auf die Geschlechtssteile – beschäftigen. Die Abgrenzung zwischen den jeweiligen Bildern sei sehr schwierig. Deshalb sollte man den Auslegungsspielraum einschränken, um zu einer einheitlicheren Anwendung zu gelangen.

Zudem stellten die Fahnder aufgrund ihrer kriminalistischen Erfahrung fest: „Wer reine Nacktfotos von Kindern auf seinem Computer hat,

die kein Posing darstellen, der verfügt in den meisten Fällen auch über härteres Material.“ Eine gewerbsmäßige Verbreitung von Nacktbildern solle deswegen über eine Änderung des Strafgesetzbuchs verboten und gesetzlich klar geregelt werden.

Auf Prävention setzen

Heinz Hilgers, Präsident des Deutschen Kinderschutzbundes, plädierte für mehr Präventionsmaßnahmen. „Kinder sind Menschen mit eigenen Rechten, ihre Würde gilt es zu schützen“, sagte er. Eine Abschreckung durch das Strafrecht halte viele Sexualstraftäter nicht von einem Missbrauch ab. Man müsse verstärkt auf Prävention setzen. Die Aufklärungsarbeit solle nicht nur Kinder, sondern auch ihre Eltern und Lehrer erreichen. Hilgers sprach zudem das Problem des Cyber-Groomings an. Damit ist das gezielte Ansprechen von Kindern im Internet gemeint, mit der Absicht, sexuelle Kontakte zu knüpfen oder Bilder zu erhalten. Die stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Familie und Digitale Agenda, Nadine Schön sprach sich dafür aus, den Kinderschutz auch als digitalen Kinderschutz zu sehen.

EU-Richtlinie umsetzen

Einig waren sich alle Teilnehmer des Gesprächs, dass die längst fällige EU-Richtlinie gegen Kinderpornografie zügig angegangen werden müsse. Strafrechtsprofessorin Hörnle sagte, dass die deutsche Gesetzgebung grundsätzlich gut dastehe, die wenigen Schutzlücken, die es gebe, müssten aber rasch geschlossen werden. Thomas Strobl, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende für Recht und Innen, schlussfolgerte, dass man den Schutz der Kinder und der Jugendlichen weiter ausbauen wolle. Die diskutierten Vorschläge werde man in der geplanten Strafrechtsverschärfung aufgreifen.

„Das Eintreten für christliche Werte lohnt sich“

Heribert Hirte über die Arbeit des Stephanus-Kreises



Foto: Heribert Hirte/Niki Siegenbruck

Heribert Hirte
Vorsitzender des Stephanus-Kreises

Der Stephanus-Kreis der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist ein überkonfessionelles Gesprächsforum, das für Toleranz und Religionsfreiheit eintritt und sich um die Situation verfolgter Christen in aller Welt kümmert. Der 2010 gegründete Arbeitskreis umfasst in dieser Legislaturperiode zurzeit 73 Abgeordnete – 18 mehr als in der vergangenen. Neuer Vorsitzender ist der 55-jährige CDU-Abgeordnete und praktizierende Katholik Heribert Hirte aus Köln. Mit ihm sprach „Fraktion direkt“ über die Schwerpunkte der Arbeit des Stephanus-Kreises.

Herr Hirte, Sie haben nach Ihrer Wahl gesagt, dass sie das Thema Religionsfreiheit stärker ins Bewusstsein der Öffentlichkeit rücken wollen. Wie wollen Sie das umsetzen?

Hirte: Der Kreis hat eine gute Tradition als Ort der Netzwerkarbeit und Plattform, die weit über den Bundestag hinausstrahlt. Dabei bedarf es zunächst einer stärkeren Diskussion über die Bedeutung, die Religion als Wurzel unserer Kultur hat. In einer Welt, in der das Ökonomische im Mittelpunkt steht und wir alle tagtäglich funktionieren müssen, glauben viele, dass alles machbar und beherrschbar ist. Erst in Grenzsituationen wird ihnen bewusst, dass dem

nicht so ist. Wer dies als gläubiger Christ betont, gerät aber zunehmend auch in Deutschland in eine Abseitsposition: Ostern wird – leider – zum Hasenfest!

Laut Statistik des christlichen Hilfswerks Open Doors nimmt die Zahl der weltweit bedrohten und bedrängten Christen zu. Wie kann man dem Einhalt gebieten?

Hirte: Ich kenne diese Zahlen. Dabei ist es nicht überraschend zu sehen, dass autoritäre Regime „Angst“ vor der Sprengkraft des Christentums haben. Denn – anders als etwa der Islam – ist das Christentum meist nicht (mehr) eine Religion der „Herrschenden“, sondern eine der Opposition. Wenn wir also z.B. in Handelsabkommen oder der Entwicklungshilfe Menschenrechte und eine pluralistische Demokratie einfordern, ist dies in aller Regel auch ein wirksames Engagement für Religionsfreiheit, auch und besonders für Christen.

Besonders schlimm ist die Lage in Nordkorea. Dort sollen 33 Menschen wegen ihres Kontakts zu einem christlichen Missionar hingerichtet werden. Machen solche Nachrichten nicht mutlos?

Hirte: Nordkorea ist – so glaube ich – kein gutes Beispiel. Bekanntlich ist dort jegliche Art von Kritik am totalitären Staatssystem lebensgefährlich.

Diskriminierung kann auch sehr subtil sein. In der Türkei zum Beispiel fühlen sich Christen als Bürger zweiter Klasse, ihre Kirchen werden benachteiligt. Was kann die Politik hier bewirken?

Hirte: Subtil heißt doch, dass der Diskriminierende – eigentlich – weiß, dass eine offene Diskriminierung

gegen formales Recht verstoßen würde. Die nötige Bewusstseinsänderung lässt sich staatlich aber nicht verordnen – und erst recht nicht von außen. Es muss vielmehr vermittelt werden, dass Toleranz und die Gewährung religiöser Freiheit auch ein Schlüssel zu wirtschaftlichem und damit gesellschaftlichem Erfolg ist. Gleichzeitig gilt es aber auch, den Betroffenen Mut zu machen und ihnen zu zeigen, dass sich das Eintreten für diese christlichen Werte lohnt.

„Religionsfreiheit gilt für die Angehörigen aller Religionen“

Die Christen sind zwar zahlenmäßig die größte verfolgte Glaubensgemeinschaft, doch erleben wir beispielsweise in der Zentralafrikanischen Republik auch, dass Christen Muslime erbarmungslos verfolgen. Müssen wir anderen bedrängten Religionsgemeinschaften nicht ebenso beistehen?

Hirte: Ja, unbedingt. Religionsfreiheit gilt uneingeschränkt für die Angehörigen aller Religionen und Weltanschauungen, verlangt ihnen aber auch Toleranz und Respekt vor den jeweils Andersgläubigen ab. Diese Gleichberechtigung zu gewährleisten ist dann in aller Regel eine staatliche Aufgabe. Wir sollten deshalb vorsichtig sein mit einer Argumentation: Weil in Eurem Land keine Religionsfreiheit besteht, verwehren wir sie Euren Staatsangehörigen auch bei uns. Ein solches „Auge um Auge – Zahn um Zahn“ ist Altes, nicht Neues Testament!

Wir dürfen Ägypten nicht anderen überlassen

Beziehungen nach Präsidentschaftswahl wieder intensivieren



Foto: Ulrich Scharlack

Der Fraktionsvorsitzende Volker Kauder im Gespräch mit dem ägyptischen Verteidigungsminister Abdel Fattah al-Sisi

Der CDU/CSU-Fraktionsvorsitzende Volker Kauder hat Ende Februar zum vierten Mal in nur drei Jahren Ägypten besucht. Er traf dabei unter anderem Verteidigungsminister Abdel Fattah al-Sisi und den koptischen Papst Tawadros II.. Seinen Eindruck von der Lage in Ägypten beschreibt Kauder in folgendem Beitrag:

Nur wenige Länder haben zuletzt in so kurzer Zeit solche Umbrüche erlebt wie Ägypten. Anfang 2011 wurde Präsident Hosni Mubarak entmacht. Kairo wurde zur Stadt des arabischen Frühlings. Als Sieger aus den Wahlen gingen jedoch nicht die Revolutionäre, sondern die Muslimbrüder hervor. Sie wollten das Land in einen islamischen Gottesstaat verwandeln. Doch auch sie waren schnell am Ende. Im Juli vergangenen Jahres wurde Präsident Mohammed Mursi gestürzt – in einem Blutbad, ohne Frage. Seitdem wird das Land von einer von den Militärs beeinflussten Übergangsregierung geführt.

Die Entwicklung Ägyptens in jüngster Zeit hat uns in Deutschland erst fasziniert – dann jedoch zunehmend irritiert. Nach Mursis Sturz wusste der gesamte Westen nicht, wie er mit der neuen Situation umgehen

sollte. Denn Mursi war als gewähltes Staatsoberhaupt eigentlich demokratisch legitimiert. Daher wandten sich Deutschland, Europa und die USA von der neuen Übergangsregierung ab und froren ihre Beziehungen mehr oder weniger ein. Die USA kürzten ihre Militärhilfe. Die Europäer fuhren ihre diplomatischen Kontakte zurück.

„Ägypter sehnen sich nach Ruhe und Ordnung“

So kann es nicht bleiben. Vor zwei Wochen habe ich in Kairo erneut viele Gespräche geführt. Mein Fazit: Es ist an der Zeit, die Beziehungen zu Ägypten wieder zu intensivieren. Wir müssen Ägypten auf seinem schwierigen Weg in Zukunft begleiten, ohne das Land zu bevormunden. Nur so haben wir die Möglichkeit, die Entwicklung zu beeinflussen. Ansonsten überlassen wir Ägypten anderen. Saudi-Arabien hat seine Fühler schon lange ausgestreckt, Russland ebenso. Gerade letzteres sollte uns nach den Ereignissen auf der Krim nachdenklich stimmen.

Es gilt, die Realitäten zur Kenntnis zu nehmen. Kein Gesprächspartner schilderte mir, dass die Muslimbrüder noch breiten Rückhalt in der Bevölkerung hätten. In den wenigen Monaten, in denen sie Präsident und Regierung stellten, scheinen sie sich schlicht diskreditiert zu haben. Die Ägypter sehnen sich vor allem nach Ruhe und Ordnung – kein Wunder nach dieser Zeit ständiger Unruhe.

Mehr Optimismus bei den Christen

Über zwei Stunden habe ich mit Verteidigungsminister Abdel Fattah al-Sisi gesprochen, der vergangene Woche seine Kandidatur zum Staatspräsidenten bekannt gegeben hat. Nach einhelliger Meinung der Beobachter wird er die Wahl im Frühjahr gewinnen. Man kann sich täuschen – aber ich habe nicht den Eindruck, dass er Ägypten wieder in eine Militärdiktatur verwandeln will. Nach seiner eigenen Aussage sind die Zeiten von Diktatoren wie Pinochet in Chile vorbei. Nehmen wir ihn beim Wort. Er ist ein Mann, dem der Westen Hoffnungen entgegenbringen kann. Auch die Christen, denen in den vergangenen Jahren meine Hauptsorge galt und die ich immer als Seismograf für die Lage betrachtet habe, schauen wieder optimistischer in die Zukunft.

Natürlich ist die neue Verfassung Ägyptens nicht das Grundgesetz. Das Militär hat sich dort seine starke Stellung gesichert. Mehrere tausend Muslimbrüder sitzen ohne Anklage in den Gefängnissen. Die Pressefreiheit scheint gefährdet, auch die Arbeit der deutschen politischen Stiftungen ist eingeschränkt – die der Konrad-Adenauer-Stiftung ist gar verboten. Das alles sollte Deutschland und Europa aber nicht von einer Intensivierung der Beziehungen abhalten – einschließlich einer verstärkten Entwicklungszusammenarbeit. Die Kooperation muss spätestens nach der Präsidentschaftswahl beginnen.

„Führung durch Kameradschaft“

Empfang für neue Abgeordnete – Merkel und Kauder zum Anfassen



Die CDU/CSU-Bundestagsfraktion hat viele neue Gesichter. 114 Abgeordnete sind in dieser Wahlperiode neu in den Bundestag gekommen. Auf einem Empfang wurden sie am Dienstagabend vom Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder und Bundeskanzlerin Angela Merkel willkommen geheißen. Viele der neuen MdBs nutzten die Gelegenheit zu einem persönlichen Foto mit der Kanzlerin.

Das Haus der Konrad-Adenauer-Stiftung, in dem der Empfang stattfand, war gut besucht. Die Chance, mit der Kanzlerin, dem Fraktionsvorsitzenden und den vielen anderen aus der Fraktionsspitze einmal außerhalb der regulären Zusammenkünfte im Rahmen des Parlamentsalltags kurz zu sprechen, wollte sich kaum einer der neuen Abgeordneten entgehen lassen.

MdBs möglichst schnell ihre erste Rede im Bundestag halten können. Zugleich zeigte er sich als nahbarer Chef: Die Abgeordneten könnten ihn immer erreichen, wenn sie ein Problem hätten, versicherte er – „auch am Wochenende“. Sein Handy sei fast nie abgestellt. Überhaupt laute sein Motto: „Führung durch Kameradschaft“.

Kanzlerin Merkel mahnte die Neu-

en mit Augenzwinkern zur Bescheidenheit. Selbst wenn man einen Erfolg erzielt habe, empfehle es sich in der Politik, mit beiden Beinen auf dem Boden zu bleiben. Denn Erfolg sei in der Politik recht flüchtig.

Die CSU-Landesgruppenvorsitzende Gerda Hasselfeldt knüpfte hier an. Schon ihr Vater, der früher selbst im Bundestag saß, habe ihr in jungen Jahren immer gesagt, dass in der Politik „Hosianna“ und „Kreuzigt ihn!“ recht dicht beieinander lägen. Die CSU habe im Übrigen so ihre Eigenheiten, philosophierte Gerda Hasselfeldt. Ihre Landesgruppe habe der Gesamtfraktion aber immer gut getan, fügte sie mit einem verschmitzten Lächeln hinzu. Und die Spannungen,



die es hier und da zwischen München und Berlin gebe, seien doch vor allem „interessant“.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Hans-Gert Pöttering, sprach sich als Hausherr für eine intensivere Zusammenarbeit zwischen Stiftung und Fraktion aus. Auch dazu sei der Abend ein Anfang, sagte er. Seine Worte schienen auf fruchtbaren Boden zu fallen. Der Tisch mit den Publikationen der Stiftung leerte sich im Handumdrehen.



Fotos: Steven Rösler

CDU/CSU-Fraktion gratuliert Kardinal Marx zur Wahl

Neuer Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz

Kardinal Reinhard Marx ist neuer Vorsitzender der Deutschen Bischofskonferenz. Marx wurde am Mittwoch bei der Frühjahrsvollversammlung der Bischöfe in Münster zum Nachfolger von Erzbischof Robert Zollitsch gewählt, der aus Altersgründen auschied. Die CDU/CSU-Fraktion gratulierte dem neuen Vorsitzenden und wünschte ihm viel Kraft und Gottes Segen. Fraktionschef Volker Kauder erklärte, mit Kardinal Marx trete der richtige Mann zur richtigen Zeit an die Spitze der Bischofskonferenz.

Kauder zeigte sich überzeugt, dass Marx in seinem neuen Amt „für die katholischen Gläubigen in Deutschland, aber auch darüber hinaus neue Impulse setzen“ werde. Ihn zeichne die Fähigkeit aus, seine Gedanken den Menschen wirklich nahebringen zu können. Der Beauftragte für Kirchen und Religionsgemeinschaften, Franz Josef Jung, erklärte, mit dem neuen Vorsitzenden habe die Bischofskonferenz einen „überzeugenden und würdigen Repräsentanten aus der eigenen Mitte“ gewählt.

Der 60-jährige Marx, der aus Westfalen stammt, wurde 2008 Erzbischof von München-Freising und 2010 von Papst Benedikt XVI. ins Kardinalskollegium aufgenommen. Papst Franziskus berief ihn im April 2013 mit sieben weiteren Kardinälen in eine Gruppe, die den Papst bei der Leitung der Weltkirche berät. Erst am vergangenen Samstag übertrug Franziskus



Foto: picture alliance/dpa

Kardinal Reinhard Marx nach seiner Wahl zum Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz

Fraktion direkt bestellen

Unser Newsletter „Fraktion direkt“ erscheint in den Sitzungswochen des Deutschen Bundestages. Wenn Sie ihn künftig regelmäßig lesen wollen, können Sie ihn unter www.cducusu.de/newsletter abonnieren.

ihm die Aufgabe eines Koordinators des neuen vatikanischen Wirtschaftsrates.

Glaubwürdigkeit und Vertrauen zurückgewinnen

Kardinal Marx ist dafür bekannt, dass er eine Diskussion über die Weiterentwicklung der Kirche gerade auch in gesellschaftlich relevanten Glaubensfragen nicht scheut. Jung erklärte: „In einer Zeit, in der die katholische Kirche selbst vor Prüfungen und Fragen steht und auf der Suche nach Antworten ist, kann diese Aufgeschlossenheit ein wichtiger Baustein für das Zugehen auf die Gläubigen sein.“

Kernaufgabe des künftigen Vorsitzenden wird laut Jung sein, Glaub-

würdigkeit und Vertrauen der Menschen in die Kirche zurückzugewinnen. Mit seinen Fähigkeiten werde der Kardinal bei der Bewältigung der vor ihm stehenden Herausforderungen wichtige Akzente setzen können. Marx selbst sprach nach seiner Wahl von einer großen Herausforderung, die vor ihm liege. Das Interesse der pluralen Gesellschaft an der Kirche sei aber weiterhin groß. Die Kirche müsse mit einer klaren Stimme sprechen und für den Dialog offen sein.

Die CDU/CSU-Fraktion dankt auch Erzbischof Robert Zollitsch für seinen langjährigen Dienst. „Wir schätzen ihn als zuverlässigen Gesprächspartner, der die Deutsche Bischofskonferenz umsichtig geleitet hat“, erklärte Jung.

Die CDU/CSU-Fraktion im Internet

www.cducusu.de

Der Blog der CDU/CSU-Fraktion

blogfraktion.de

Fraktion direkt

www.cducusu.de/fd



www.facebook.com/cducusubundestagsfraktion



www.youtube.com/cducusu



twitter.com/cducusubt